D3 Gegen Begrenzung als Leitziel der Migrationspolitik - Für eine vielfältige und offene Gesellschaft

Antragsteller*in:	Said Ettejjari (KV Segeberg)
Tagesordnungspunkt:	4. Anträge

Antragstext

Die Länder Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein haben gemeinsam eine Entschließung im Bundesrat vorgestellt (Drucksache 464/24, 25.09.24): "Ordnung, Steuerung, Begrenzung und Humanität in der Migrationspolitik sicherstellen".

Als Grüne Partei stellen wir uns bewusst gegen die Begrenzung und Abschottung als Leitziel der Migrationspolitik in Schleswig-Holstein und Deutschland. Wir fordern von unserer Grünen Regierungsbeteiligungen eine faktenbasierte und humanitäre Migrations- und Fluchtpolitik.

Nach dem Attentat in Solingen müssen wir uns konsequent gegen pauschalisierende und diskriminierende Forderung stellen, die alle Migrant*innen und Geflüchtete unter Generalverdacht stellen. Herkunft, Nationalität, oder Aufenthaltsstatus verursachen keine Kriminalität [1].

Die Forderung nach begrenzter Einwanderung wird nicht die Hauptursachen für Migration und Flucht lösen: Verfolgung und Krieg in Herkunftsländern, sowie die wirtschaftlichen und Arbeitsmarktbedingungen in Ankunftsländern [2].

- Der Wille nach Begrenzung in Deutschland wird internationale Konflikte nicht lösen. Eine Politik der Begrenzung und Abschottung macht Geflüchtete abhängig von Schleusern und gefährlichen Routen angewiesen [3], wie die Migrationsforschung jahrelang gezeigt hat. Darüber stellt sich die Politik immer noch gegen den Forschungsstand und behauptet, dass Sozialleistungen Pull-Faktoren sind [4]. Kürzende Maßnahmen erschweren allerhöchstens die Integration.

- Deutschland hat ein strukturellen Bedarf an migrantischen Arbeitskräften. Besonders in unattraktiven Arbeitsplätzen erfüllen Migrant*innen essenzielle Aufgaben [5]. Gleichzeitig kämpfen 82 % der deutschen Unternehmen mit dem Mangel an Fachkräften [6]. Im internationalen Wettbewerb um Arbeitskräfte können wir uns eine Abschottungspolitik nicht leisten. Der aktuelle Diskurs und die politischen Maßnahmen schrecken hoch qualifizierte Menschen ab, nach Deutschland zu kommen.

Eine einseitige Begrenzungspolitik ist deswegen weder im Sinne unserer vielfältigen Gesellschaft und Demokratie, noch einer starken Wirtschaft.

Als Grüne Partei verstehen wir Diversität und Vielfalt als Stärke. Die Herausforderungen unserer Zeit lassen sich nur mit Zusammenhalt lösen. Deswegen machen wir uns stark für eine faktenbasierte Migrationspolitik.

Wie in anderen Anträgen gefordert, machen wir uns stark für eine erfolgreiche und nachhaltige Integrationspolitik. Dazu gehört ein schneller Zugang zum Arbeitsmarkt, nachhaltig finanzierte Sprachkurse, Bildung, Behörden, Wohnungsmarkt, sowie die Unterstützung von Ehrenamtlichen.

Daneben muss Deutschland als attraktives Land für Arbeitskräfte im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig bleiben. Dies gilt besonders für den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft, der innovative Lösungen und technisches Know-how erfordert [7]. Sektoren wie erneuerbare Energien, Energieeffizienz, nachhaltige Mobilität und Kreislaufwirtschaft benötigen dringend gut ausgebildete Fachkräfte. Ein Umfeld, indem Deutschland in der Migrationspolitik pauschalisiert und sich abschottet, wird immer weniger attraktiv.

[0] Entschließung des Bundesrates: Ordnung, Steuerung, Begrenzung und Humanität in der Migrationspolitik sicherstellen

[1] Kriminalität | Desintegration | Zahlen und Fakten | MEDIENDIENST INTEGRATION (mediendienst-integration.de)

[2] RESPEKT : Was ist Migration, Zuwanderung, Flucht? | Respekt | BR.de

[3] Q&A: How closed borders detour migrant routes - ICMPD

[4] Versorgung | Flucht & Asyl | Zahlen und Fakten | MEDIENDIENST INTEGRATION (mediendienst-integration.de)

[5] Hein de Haas: Migration... it's the economy, stupid!

[6] MPG-Studie: Fachkräftemangel 2024 | ManpowerGroup

[7] Klimaanpassung: Fachkräfte als ein Schlüssel zum Erfolg | Umweltbundesamt

Begründung

Begrenzung darf kein Leitziel der Migration werden. Abschottung ist unrealistisch und gegen eine vielfältige Migrationsgesellschaft.

Unterstützer*innen

Sören Petersen (KV Lübeck); Ocean Renner (KV Nordfriesland); Philipp Schmagold (KV Plön); Andreas Lang (KV Stormarn); Bent Ole Aude (KV Steinburg); Hartwig Hermann (KV Nordfriesland); Axel Rasmussen (KV Nordfriesland); Stephan Wiese (KV Nordfriesland); Marion Bernhardi (KV Nordfriesland); Lorenz Mayer (KV Segeberg); Gerd Weichelt (KV Dithmarschen); Christoph Fischer (KV Segeberg); Aksel Leimbach (KV Stormarn); Malte Ranis (KV Kiel); Sönke Dibbern (KV Schleswig-Flensburg); Regina Flesken (KV Pinneberg)